

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Jahr 2024 – vielerorts schon in diesen Wochen – werden im öffentlichen Dienst neue Personalräte und überwiegend auch neue Jugend- und Auszubildendenvertretungen gewählt; so beim Bund, in den Jobcentern sowie in den Ländern Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Es geht um viel. Die Herausforderungen, die die neu zu wählenden Personalvertretungen angehen müssen, sind nicht kleiner geworden. Die Krisen der letzten Jahre und die berechnete Erwartung, dass die öffentliche Verwaltung auch unter den erschwerten Bedingungen reibungslos funktioniert, setzen den öffentlichen Dienst täglich einer großen Belastungsprobe aus. Dazu hat inzwischen der Fachkräftemangel und die problematische demografische Entwicklung den Verwaltungsalltag erreicht. Es fehlt an Personal, das die Aufgabenlast mitträgt. In manchen Verwaltungsbereichen ist die Grenze des Machbaren erreicht. Hinzu kommt die Notwendigkeit, die Digitalisierung der Verwaltung zur besseren Erfüllung der Aufgaben der Verwaltung voranzutreiben und im gleichen Zug die veränderten Erwartungen der Beschäftigten an die Balance zwischen Arbeit, Familie und Freizeit zu erfüllen.

Hier befinden sich die Personalvertretungen an vorderster Front. Sie stehen Ihnen in Ihrem dienstlichen Alltag kompetent mit Rat und Tat zur Seite, sei es für Sie als Person, sei es für die Gesamtheit der Beschäftigten. Sie setzen sich unter anderem ein für


- flexible Arbeitszeitregelungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege,
- den Ausbau und eine flexiblere Handhabung von Tele- und mobiler Arbeit,
- eine Einbindung der Erfahrung und Kompetenz der Beschäftigten bei der Planung der Digitalisierung von Arbeitsprozessen,
- einen den Aufgaben angemessenen Personalaufwuchs,
- den Abbau belastender Mehrarbeit und Überstunden,
- eine gerechte Verteilung von Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten,
- gerechte Bezahlungsstrukturen,
- einen effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Die Ausbildung und Motivation junger Beschäftigter ist entscheidend für die Qualität der Aufgabenerfüllung der öffentlichen Verwaltung von morgen. Die jungen Beschäftigten brauchen Sicherheit für ihre Lebensplanung von heute. Darum haben sie ein Anrecht darauf, dass sich jemand für ihre Interessen stark macht und sich nach der Ausbildung für ihre Übernahme einsetzt. Das ist die gemeinsame Aufgabe von Personalrat und Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Ihre Stimme entscheidet mit darüber, welche Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Personalrat und in der Jugend- und Auszubildendenvertretung in den kommenden vier Jahren Ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber vertreten. Ihre Stimme gibt diesen Gremien das für Verhandlungen mit der Dienststellenleitung notwendige Gewicht.

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personalratsarbeit und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften!

Mit kollegialen Grüßen

  
Ulrich Silberbach  
Bundesvorsitzender